

Fluch der Karibik

Von Bert Hoffmann | 04.29.2020

Sonne, Strand und Palmen – verwaist in Corona-Zeiten. Keine Region ist so abhängig vom Tourismus wie die Karibik. Das rächt sich jetzt bitter.



Sehnsuchtsort ohne Gäste

Sonne, Strand, Palmen: Ideale des weltweiten Tourismus. Elf der zwanzig tourismusabhängigsten Staaten der Welt liegen in der Karibik. Sehnsuchtsorte der Globalisierung. Nun sind die Grenzen dicht, die Flugzeuge bleiben aus, die Schiffe dürfen nicht in die Häfen. Die Corona-Krise stürzt die Region in eine existenzielle Krise. Und sie stellt ihr Entwicklungsmodell grundlegend in Frage. In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Länder darauf getrimmt, in der Globalisierung wettbewerbsfähig zu sein. Jetzt müssen sie ihr Überleben sichern, da diese globalisierte Weltwirtschaft implodiert.

In vielen der kleinen Karibikstaaten stellt der Tourismus drei Viertel der Deviseneinnahmen und den Großteil der Arbeitsplätze. Auch auf größeren Inseln wie Jamaika ist ein Drittel der Bevölkerung direkt oder indirekt im Tourismussektor beschäftigt. Die drastischen Lock-down-Maßnahmen, die auch in der Karibik praktisch alle Regierungen verhängt haben, werden mit der Zeit gelockert werden. Aber eine Erholung der tragenden Säule der Wirtschaft ist nicht in Sicht. Auch wenn die Tourismusbehörden und Veranstalter Zweckoptimismus verbreiten: Der Tourismus in die Karibik wird sich nicht wirklich erholen, bevor Covid-19-Impfungen breit

verfügbar sind. Das heißt nicht nur dieser Sommer, sondern auch die Hochsaison im Winter wird nahezu komplett ausfallen. Die derzeit verhandelten sozialpolitischen Maßnahmen werden Verdienstaufschläge über einen solchen Zeitraum auch nicht ansatzweise auffangen können.

Die einseitige Ausrichtung auf den Tourismus hat den Staaten über viele Jahre Wachstum beschert. Die Kehrseite ist nicht nur eine große soziale Ungleichheit, sondern auch die über die Jahre massiv gestiegene Abhängigkeit davon, fast alles für das tägliche Leben Notwendige zu importieren. Allen voran Nahrungsmittel: Sieben der Mitgliedstaaten der Karibischen Gemeinschaft Caricom, darunter Jamaika und Trinidad & Tobago, importieren mehr als 80 Prozent ihres Essens; Antigua, St. Kitts und die Bahamas sogar mehr als 90 Prozent.

Die Corona-Krise erschüttert die globalen Lieferketten auch für Lebensmittel. Die Importpreise steigen, zu den Einnahmeverlusten aus dem Tourismus kommt noch eine signifikante Erhöhung der Lebenshaltungskosten hinzu.

Diese Abhängigkeit rächt sich nun bitter. Die Corona-Krise erschüttert die globalen Lieferketten auch für Lebensmittel. Steigende Importpreise haben zur Folge, dass zu den Einnahmeverlusten aus dem Tourismus noch eine signifikante Erhöhung der Lebenshaltungskosten hinzukommt. „Food security“ – Nahrungsmittelsicherheit –, das war in den vergangenen Jahren auch in der Karibik immer gut für Sonntagsreden. In der Praxis rechnete sie sich einfach nicht. Vor dem Boom des Tourismus war die Wirtschaftsstruktur der Karibik ja lange agrarisch geprägt gewesen. Die Krise zwingt jetzt dazu, die vernachlässigte Landwirtschaft wieder zu beleben – allerdings nicht für Zuckerrohr und Kaffee, sondern für Maniok und Kochbananen. Lokaler Anbau für lokalen Verbrauch – was eine als „romantisch“ belächelte Nische der Wirtschaft war, wird nun zu einer Schlüsselfrage der Sozialpolitik.

Die Ernährung aus der Umklammerung der US-Importe zu lösen steht dabei auch über die akute Krise hinaus auf der Agenda einer nachhaltigen Entwicklung. Die industrialisierten Lebensmittel mit ihrem hohen Zucker-, Salz- und Fettgehalt gelten auch als zentrale Ursache der wichtigsten Gesundheitsprobleme der Region: die massive Zunahme von Diabetes (inzwischen bei 10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung) und Übergewicht (bei Männern mehr als 20 Prozent, bei Frauen über 50 Prozent), von Bluthochdruck und Herz-Kreislauf-Problemen. Im übrigen genau jenen Vorerkrankungen, die die Wahrscheinlichkeit eines kritischen Verlaufs einer Covid-19-Infektion erhöhen.

Neben dem Tourismus ist ein zweites Standbein der karibischen Integration in die Weltwirtschaft eine Folge der Emigration: „Remittances“, die Rücksendungen der ausgewanderten Familienmitglieder, sind eine zentrale Säule vieler Ökonomien. Für Haiti machen sie mehr als 20 Prozent des Bruttosozialprodukts aus, in Jamaika 15 Prozent, und auch für Kuba liegen sie weit höher als alle Einnahmen aus Tabak und Zucker zusammen.

Wo die Trump-Regierung die USA aus dem internationalen Wettbewerb um Sympathie und „Soft power“ nimmt, hat China leichtes Spiel. Peking gewinnt in der Karibik mit der Lieferung von Ausrüstung und Schutzkleidung an Reputation.

Die Karibik kennt dramatische Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft durch Hurrikans, Erdbeben oder Vulkanausbrüche, die ganze Landstriche verwüsten. Davon aber sind immer nur einzelne Inseln oder Teile der Region betroffen. Soforthilfe und Solidarität beim Wiederaufbau kommen nicht nur von Nachbarinseln, sondern auch von den Emigranten, die im Falle solcher Katastrophen ihre Familienangehörigen auf den Inseln unterstützen. Theoretische Ansätze haben dies als die „Versicherungsfunktion“ der Remittances interpretiert. Doch das ist nun anders. Wo die ganze Welt gleichzeitig in die Krise sackt, wird auch für die Verwandten in Miami, London oder Madrid das Auskommen prekär und die Möglichkeit, Geld zu schicken, sinkt. Für Lateinamerika und die Karibik geht die jüngste Schätzung der Weltbank von einem Einbruch um 20 Prozent aus. Die Bevölkerung der Karibik erlebt eine Krise, in der die Versicherung versagt.

Auch wenn die Corona-Pandemie die öffentliche Aufmerksamkeit für die Klima-Krise verdrängt, so sind deren Folgen auch in der Karibik weiter zu spüren. Der Westen Kubas leidet unter einer atypischen Dürre – mit schweren Auswirkungen auf die Wasserversorgung in Havanna in einer Situation, wo häufiges Händewaschen mehr gesundheitspolitische Bedeutung denn je erhält. Die Bahamas kämpfen immer noch mit den Zerstörungen des letztjährigen Hurrikans, während Meteorologen warnen, dass durch die derzeit bereits erhöhte Temperatur in vielen karibischen Gewässern auch für dieses Jahr eine „above-normal“ Hurrikan-Saison ins Haus steht.

Wo die Trump-Regierung die USA aus dem internationalen Wettbewerb um Sympathie und „Soft power“ nimmt, hat China leichtes Spiel. Wie auch in anderen Teilen der Welt gewinnt Peking in der Karibik mit der Lieferung von medizinischer Ausrüstung und Schutzkleidung beträchtlich an Reputation. Die geringe Größe der meisten karibischen Staaten ist dabei von Vorteil: Was für China eine kleine Investition ist, hat in Ländern mit 100 000 Einwohnern schnell große Wirkung. Ganz ähnlich können auch jene Karibikstaaten, die nach wie vor Taiwan diplomatisch anerkennen, Belohnung für ihre Loyalität in Form von Gesichtsmasken und weichen Krediten erwarten. Die Karibik hat früh gelernt, die mit staatlicher Souveränität verbundenen Privilegien ökonomisch zu nutzen. Das Krisenmanagement zeigt, dass diese Ressource mit der Corona-Pandemie nicht an Wert verloren hat.

Wenn Entwicklung allein der Logik komparativer Vorteile folgt, dann wird die Weltmarktintegration der Karibik eine der Spezialisierung, nicht der Diversifizierung sein. Die Hyper-Abhängigkeit vom Tourismus ist dann folgerichtig. Die Kehrseite ist eine extreme Verwundbarkeit. Im Kontext der Klima-Debatte wurde „Resilienz“ – die Fähigkeit, externe Störungen zu verkraften – zu einem zentralen Entwicklungsziel erhoben. Die Corona-Krise zwingt dazu, dieses Konzept breiter zu verstehen: für Strukturen öffentlicher Gesundheit, die auch von einer globalen Pandemie nicht überrollt werden; und für ein Entwicklungsmodell,

das Abhängigkeiten reduziert, auch wenn – wie etwa im Falle der lokalen Nahrungsmittelproduktion in der Karibik – kurzfristige Rentabilitätslogiken dies „unwirtschaftlich“ erscheinen lassen.